

## Terminvorschau

vom 18. bis  
23. September 1978

Montag, 18. 9.

Vorstandssitzungen der CDU und der SPD

Sportausschuß

Aktionsprogramm Breitensport  
Leistungssportentwicklungsplan II  
Entwicklung der Aktion Vereins-  
hilfe

Dienstag, 19. 9.

Fraktionssitzungen der CDU, der SPD und der F.D.P.

Rechnungsprüfungsausschuß  
Landeshaushaltsrechnung 1976

Petitionsausschuß  
Petitionen

Mittwoch, 20. 9.

Plenum (Beginn: 11.00 Uhr)

Ausschuß für Landesplanung  
und Verwaltungsreform

Entwurf über Zuständigkeiten  
nach dem Berufsbildungsgesetz  
Entwurf zum Landesentwicklungsplan VI

Arbeitsgruppe „Personalbedarf  
und Stellenpläne“ des Haushalts-  
und Finanzausschusses  
Personalhaushalt

Donnerstag, 21. 9.

Plenum (Beginn: 10.00 Uhr)

Arbeitsgruppe „Datenschutz“  
des Hauptausschusses und des  
Ausschusses für Innere Verwaltung

Datenschutzgesetz

Freitag, 22. 9.

Ausschuß für Grubensicherheit  
(in Zünderfabrik Troisdorf der Dy-  
namit Nobel AG)

Information über die neueste Ent-  
wicklung auf dem Gebiet der  
Sprengtechnik

## Krankenhäuser . . .

Fortsetzung von Seite 4

Eine gewisse Anzahl der Privatkliniken wird schon deshalb nicht auf die Dauer berücksichtigt werden können, weil sie nur über eine Bettenzahl verfügen, die eine Bezeichnung als Krankenhaus nicht rechtfertigen. Drei Kliniken haben jeweils weniger als 10 Betten und immerhin insgesamt zwölf Kliniken jeweils weniger als 20 Betten.

In der Diskussion wurde auf Anregung des Ministers vor allem über Einzeleinrichtungen debattiert. Es wurde vereinbart, daß Ausschußmitglieder, denen konkrete Fälle vorgetragen würden, diese dem Minister zur Klärung weiterleiten. Der Minister werde dem Ausschuß danach über seine Maßnahmen unterrichten. Bis dahin soll nach Auffassung des Ausschusses der Antrag der CDU zurückgestellt werden. Ausschußvorsitzender Konrad Grundmann (CDU) wies jedoch darauf hin, daß bei allen Überlegungen eine Lösung gefunden werden müsse, die eine optimale ärztliche Versorgung der Bevölkerung, vor allem auf dem Land, gewährleistet.

## Porträt der Woche



Dr. Manfred Sanden (CDU)

Eine Ausnahmeerscheinung in der fast 32jährigen parlamentarischen Geschichte Nordrhein-Westfalens ist der CDU-Abgeordnete Dr. jur. Manfred Sanden: durch Losentscheid kam der heute 38 Jahre alte selbständige Kaufmann (mit der Zulassung zum Rechtsanwalt) in den 8. Landtag. Erinnern wir uns: Im Wahlkreis 59 Wuppertal IV gab es am Abend des 4. Mai 1975 zwischen den beiden großen Parteien ein aufsehenerregendes Unentschieden von 44,6 : 44,6 Prozent. Man zählte nach und prüfte; nichts half weiter – Wuppertals Oberstadtdirektor Rolf Krumsiek (SPD) mußte die Entscheidung durch das Los treffen, und der CDU-Vertreter war der Gewinner. Die Medien berichteten bundesweit, der Nachzügler war für einen Tag ein prominenter Zeitgenosse. Wie politische Karrieren beginnen können: der gebürtige Königsberger war am Wahltag kaum vier Jahre Mitglied der CDU gewesen; mit einer Gruppe von Geschäftsfreunden war der Mitinhaber einer größeren Einzelhandelsfirma 1971 eigentlich „nur“ deren Wirtschaftsvereinigung beigetreten. 1973 kam er bereits in den Vorstand der CDU Wuppertal. Bald darauf kam das Angebot, in einem „fast aussichtslosen“ Wahlkreis zu kandidieren. Sanden im Rückblick: „Ich habe daran geglaubt, daß ich es schaffen könnte und unheimlich hart gearbeitet.“ Die Zahl der Hausbesuche und der Straßenwahlkampf-Stunden vermag er nicht annähernd zu schätzen; entscheidend für den Sieg, der aus dem Unentschieden kam, das schon einen Riesenerfolg bedeutet hatte: „Der politische Wind hatte sich gedreht, ich hatte ihn plötzlich im Rücken.“ Sanden, den die Kriegswirren im Osten mit dem Flüchtlingsstrom nach Niedersachsen verschlagen hatten, der ab 1954 „die gute bayrische Bildung genossen“ hat, bevor er in München das Studium der Rechte aufnahm und 1969 mit zwei Prädikats-Examina abschloß, ist schon von Berufs wegen ein Mann, der Möglichkeiten und ihre Grenzen nüchtern sieht, kühl und beherrscht argumentiert, ohne Pose und Polemik. Er hält „von Selbstdarstellung wenig; es geht um die politischen Interessen derer, die man zu vertreten hat. Da kann man in vertraulichen Gesprächen und Verhandlungen oft mehr erreichen, als wenn

man im vollen Rampenlicht steht mit einem bekannten Namen.“ Im Justizausschuß (er ist auch stellvertretendes Mitglied im Wirtschaftsausschuß und im Poullain-Untersuchungsausschuß) wirkt der Jurist zwangsläufig mehr im stillen. „Es geht da zumeist um Fragen, die in der Öffentlichkeit nicht so bekannt werden, aber nichtsdestoweniger von großer Bedeutung für sie sind. Man denke zum Beispiel an die Diskussionen um die Unterbringung von Terroristen.“ Ist in den Parlamenten nicht überhaupt die große Stunde der Juristen angebrochen, da jeder Text auf die kleinste Schwachstelle abgeklopft zu werden pflegt? Sanden weist dies zurück, bekannt jedoch: „Jurist zu sein, ist heute überall ein Vorzug – weil einfach viele Dinge komplizierter wirken, als sie tatsächlich sind, und weil in allen Lebensbereichen die rechtlichen Konsequenzen eine immer größere Rolle spielen.“ Mag sein, daß Sanden deshalb Mandat und Möglichkeiten so realistisch sieht; er war eh „ohne Illusionen“ ins Landesparlament eingezogen, ist „zu keiner Stunde frustriert gewesen“, wiewohl Landespolitik nach seinen jetzt dreijährigen Erfahrungen „ein mühsames Werk ist, aus kleinen und kleinsten Scheibchen zusammengesetzt“. Dennoch – vielleicht ein Vorzug jener, die aus der Wirtschaft kommen – wußte er „bisher immer Familie (verheiratet, drei Kinder), Firma und Fraktion – dies ist die alphabetische Reihenfolge – miteinander zu verbinden“. Das hat er auch für die nächste Wahlperiode vor: „Ich mache weiter, wenn meine Freunde das wünschen.“ Und dann ist Sanden, der sich nicht ohne Stolz als „wirklich unabhängigen Abgeordneten“ bezeichnet, gerade 40 Jahre alt. Hans Krieger